

» Das Lernen Erwachsener im Spiegel der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021



Prof. Dr. Falk
Scheidig

Leiter des Zentrums
Lehrer*innenbildungs-
forschung, Pädagogische
Hochschule FHNW (CH)
falk.scheidig@fhnw.ch



Dr. habil.
Tetyana Kloubert

Akademische Rätin am
Lehrstuhl für Pädagogik mit
Schwerpunkt Erwachsenen-
und Weiterbildung,
Universität Augsburg
tetyana.kloubert@phil.uni-
augsburg.de

¹ Kloubert, T./Scheidig, F. (2013): Bildungspolitik im Wahljahr 2013: Die Positionen zum lebenslangen Lernen in den Wahlprogrammen der Parteien. forum erwachsenenbildung, 46(3), S. 43–44.

² Scheidig, F./Kloubert, T. (2017): Positionen und Perspektiven zu Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen in den Programmen der Parteien zur Bundestagswahl 2017. forum erwachsenenbildung, 50(3), S. 38–40.

³ CDU/CSU (2021): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland. www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de/programm/CDU_Beschluss%20Regierungsprogramm.pdf (08.07.2021).

⁴ SPD (2021): Aus Respekt vor deiner Zukunft. www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf (08.07.2021).

⁵ Bündnis 90/Die Grünen (2021): Deutschland. Alles ist drin. www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021 (08.07.2021).

⁶ FDP (2021): Nie gab es mehr zu tun. www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf (08.07.2021).

Im Folgenden werden die Wahlprogramme zur Bundestagswahl am 26. September 2021 hinsichtlich der darin enthaltenen Aussagen zum Lernen im Erwachsenenalter analysiert, unter Einschluss verschiedener Kontexte, Inhalte und Formalisierungsgrade des Lernens (formell, non-formal, informell). Der Beitrag knüpft an die Wahlprogrammanalysen zu den Bundestagswahlen 2013¹ und 2017² an und konzentriert sich auf die Programme der aktuell und wahrscheinlich auch künftig im Bundestag vertretenen Parteien: CDU/CSU³, SPD⁴, Bündnis 90/Die Grünen⁵, FDP⁶, Die Linke⁷ und AfD⁸. Dabei können weder einzelne Vorhaben detailliert referiert noch weitere programmatische Dokumente der Parteien einbezogen werden – es kann also kein vollständiges Bild der jeweiligen parteipolitischen Agenda geboten werden.

Zu den Rahmenbedingungen von Erwachsenenbildung

Im Vergleich zum Schul- und Hochschulbereich enthalten die Wahlprogramme nur wenige institutionenzentrierte Aussagen zu genuinen Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Auch findet der Begriff der Erwachsenenbildung, anders als der beruflich konnotierte Weiterbildungsbegriff, keine Verwendung in den Wahlprogrammen (mit Ausnahme der Linkspartei). CDU/CSU und SPD sprechen den Volkshochschulen eine wichtige Rolle beim digitalen Lernen zu. Die Linke möchte Volkshochschulen grundsätzlich finanziell stärken, damit sie ihr Leistungsangebot ausbauen und kostenfrei anbieten können. Die Grünen wollen die Unabhängigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung stärken und die Arbeit politischer Stiftungen verbindlicher regeln, die CDU/CSU will die staatliche Finanzierung der parteinahen Stiftungen angemessen gestalten, die AfD möchte ebendiese Finanzie-

rung abschaffen und die „Extremismusklausel“⁹ wieder einführen.

Mit Blick auf das Personal in der Weiterbildung fordern Grüne und Linke eine faire Bezahlung, wobei die Linke konkrete Forderungen vorlegt: Lehrkräfte sollen einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag erhalten, der sich am öffentlichen Dienst orientiert; Honorarverträge sollen in feste Stellen umgewandelt oder, soweit sie noch nötig oder von den Beschäftigten gewollt sind, an den TVÖD angepasst werden. Die Linke fordert zudem verbesserte Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals in Museen und Gedenkstätten. CDU/CSU und FDP wollen das Programm „Erasmus+“ – das das ehemalige EU-Programm „Grundtvig“ integriert und unter anderem internationale Kooperationen und Mobilität für Erwachsenenbildungspersonal ermöglicht – ausbauen und finanziell stärker unterstützen.

Zur nichtberuflichen Weiterbildung

Positionen und Perspektiven der Parteien mit erwachsenenpädagogischer Relevanz verweisen zwar auf die inhaltliche Breite von Lernanlässen im Erwachsenenalter, leider aber breiten die Programme die nachfolgenden Punkte oftmals nicht unter der Optik der Erwachsenenbildung aus und nehmen meist nur eine Bedeutungszuschreibung vor, ohne diesbezüglich konkrete Vorhaben zu benennen. So wird der Stellenwert von Medienkompetenz und digitaler Souveränität der Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Mündigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe (CDU/CSU, SPD, FDP, Linke) betont; die Grünen wollen eine digitale Beteiligung an der Gesetzgebung lancieren. Der Verbraucherschutz soll eine Stärkung erfahren (CDU/CSU, Grüne, Linke, AfD), etwa mit Blick auf Finanzprodukte, digitale Dienstleistungen und Datenkompetenz. SPD und Linke wollen öffentlich-rechtliche Medienangebote auf

einer Plattform zugänglich machen; die AfD die Rundfunkstaatsverträge kündigen. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft soll eine Förderung erfahren, hierfür sollen Weiterbildungsangebote zur Wissenschaftskommunikation für Forschende sowie partizipative Formate wie Open Science, Reallabore und Citizen Science ausgebaut werden (CDU/CSU, Grüne, SPD).

Der Alphabetisierungsgrad in der erwachsenen Bevölkerung soll angehoben werden (CDU/CSU, Grüne). Betont wird die Bedeutung von Sprach- und Integrationsangeboten für Zugewanderte und Geflüchtete (SPD, Grüne, FDP, Linke, AfD), konkret verlangt wird ein Anspruch auf Integrationskurse „von Tag eins“ (SPD), gesonderte Angebote für migrierte Frauen sowie für Menschen mit Lernschwierigkeiten (Grüne), für schutzbedürftige Gruppen und Senioren (FDP). Die gesellschaftliche Funktion des Sports wird unterstrichen (CDU/CSU, Grüne), vor allem mit Blick auf Integration, Wertebildung und Antidiskriminierung, ebenso die Bedeutung von Kultur und Kulturarbeit für gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Entfaltung (CDU/CSU, Grüne, FDP, Linke). Kulturelle Bildung soll gefördert werden, meistens in Form kultureller (Selbstbildungs-)Angebote: Kultureinrichtungen und kulturelle Infrastruktur sind „Ausdruck von Humanität“ (CDU/CSU) und „Schlüssel zu Selbstbewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung, Bildung und Integration“ (SPD), sie fördert die „Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die Persönlichkeitsbildung“ (Grüne), bietet „Räume der Selbstbildung und Selbstermächtigung“ (Die Linke). Die Grünen planen, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Alle Parteien schreiben der Erinnerungskultur eine Bedeutung zu; während CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und Linke verschiedene Prioritäten bei der Auseinandersetzung mit dem NS-Regime, der SED-Diktatur oder den Kolonialverbrechen setzen, fordert die AfD eine grundsätzliche Perspektivverschiebung: „Die offizielle Erinnerungskultur darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch die Höhepunkte im Blick haben.“

SPD, Grüne und Linke forcieren eine Stärkung der Arbeitnehmervertretung, zum Beispiel eine Mitsprache bei betrieblicher Fort- und Weiterbildung. Die SPD setzt sich für eine verstärkte Nutzung des gesetzlichen Bildungsurlaubs – auch für ehrenamtliches Engagement – ein; die Linke geht darüber hinaus und will eine Bildungsfreistellung für alle Beschäftigten und alle Inhaltsbereiche der Erwachsenen- und Weiterbildung bundesweit gesetzlich sichern. Die Grünen wollen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsphasen und -bereichen verankern (u.a. durch lokale und regionale BNE-Bildungsnetzwerke) sowie ferner intergenerationelle Projekte und diversitätssensible Weiterbildung in Behörden und Unternehmen

sowie Präventionsprojekte in Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützen.

Zur beruflichen Weiterbildung

Die Möglichkeiten, Erfordernisse und Rahmenbedingungen beruflicher Fort- und Weiterbildung erhalten in allen Wahlprogrammen (mit Ausnahme der AfD) eine besondere Gewichtung. Im Blickpunkt stehen dabei sowohl Anpassungs- und Aufstiegsqualifizierungen als auch die Vermeidung und Reduktion von Arbeitslosigkeit durch berufliche Neuorientierung (unter anderem mit Verweis auf den technisch-digitalen und ökologischen Wandel sowie die Corona-Pandemie). Im Kontext des Erwerbslebens wird ein individuelles Recht auf Weiterbildung gefordert (SPD, Grüne, Linke), das insbesondere bei Arbeitslosigkeit wirksam werden soll. Mehrere Parteien wollen das BAföG ausbauen, um eine individuelle berufliche Weiterentwicklung oder einen Neustart auch in späteren Lebensphasen zu unterstützen (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP). Ferner soll das bereits bestehende AufstiegsBAföG künftig auch eine Weiterqualifizierung während des Berufs beziehungsweise in Teilzeit (CDU/CSU, FDP) ermöglichen oder eine Gebührenfreiheit der Aufstiegsfortbildung sicherstellen (SPD). Die Beratungsleistungen der Arbeitsagenturen sollen weiterentwickelt werden und besser als bisher eine berufliche Weiterqualifizierung fördern (CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke). Mit einem Transformations-Kurzarbeitergeld (SPD) beziehungsweise Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld (Grüne) soll die Qualifizierung von Beschäftigten in transformationsherausgeforderten Betrieben unterstützt werden. Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen soll verbessert werden (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP).

Daneben bestehen weitere konkrete Vorschläge der Parteien zur Förderung beruflicher Weiterbildung:

- Die CDU/CSU plant einen Ausbau des Bundesprogramms Bildungsprämie, damit Beschäftigte „Zukunftskompetenzen“ erlangen.
- Die SPD möchte mit der „geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit“ allen Erwerbstätigen altersunabhängig eine Weiterbildung oder Umschulung auf eigene Initiative gewähren und verbindet damit das Recht auf berufliche Freistellung oder Arbeitszeitreduktion, wobei Lohneinbußen durch staatliche Finanzierung angemessen kompensiert werden sollen.
- Die Grünen wollen für arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen und Qualifizierungen ein „Weiterbildungsgeld“ als soziale Absicherung einführen.
- Die FDP will ein individuelles, arbeitgeberunabhängiges „Freiraumkonto“, mit dem steuer- und abgabenfrei auf Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten hingespant werden kann.

⁷ Die Linke (2021): Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimarechtigkeit! www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021 (08.07.2021).

⁸ AfD (2021): Deutschland. Aber normal. cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20_-_AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf (08.07.2021).

⁹ Die Extremismusklausel wurde 2011 auf Bundesebene eingeführt und nach Protesten und juristischen Bedenken 2014 abgeschafft, da sie unter anderem zivilgesellschaftliche Akteure unter Generalverdacht stellte. Sie verlangte von förderungsinteressierten Organisationen – auch für deren Partner – ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.



- Die Linke fordert ebenfalls einen Anspruch auf weiterbildungsveranlasste (Teilzeit-)Freistellung mit Lohnausgleich durch die Arbeitgeber zu mindestens 70%. Zudem soll ein „Weiterqualifizierungsgeld“ eingeführt werden, das anteilig aus einem Branchenfonds der Unternehmen und der Arbeitsagentur finanziert werden, auch Qualifizierungsvorhaben für Berufs- und Branchenwechsel unterstützen und 90 Prozent des letzten Gehalts umfassen soll.

Neben diesen arbeitsmarktorientierten Positionierungen finden sich in den Wahlprogrammen auch Forderungen nach Bildungs- und Beratungsangeboten für spezifische Ziel- und Berufsgruppen, unter anderem für (Langzeit-)Arbeitslose (CDU/CSU, SPD), Personal in der öffentlichen Verwaltung (CDU/CSU, SPD, Grüne), das Handwerk (CDU/CSU, Linke), Tätige in Gesundheitsberufen (CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke), Angehörige von Polizei und Bundeswehr zum Thema Opferschutz (CDU/CSU) oder zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus (SPD, Grüne, FDP, Linke), für Justizmitarbeitende, unter anderem zum Thema Gewalt gegen Kinder und Frauen (Grüne, FDP, Linke), sowie im Bereich Sexarbeit (Grüne, Linke). Auch pädagogische Fach- und Lehrkräfte stehen im Weiterbildungsfokus (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke) – vor allem bezüg-

lich digitaler Kompetenzen, wie sie im Zuge der Corona-Pandemie gefordert waren. Die FDP etwa fordert die Einrichtung einer „Deutschen Lehrkräfteakademie“ als Stätte für verpflichtende Weiterbildungen für Lehrpersonen zu digitalen Lehr- und Lernmethoden und Chancen von Künstlicher Intelligenz für Lernprozesse.

Bemerkenswerte Vorhaben

Über die bereits genannten Akzentsetzungen und Vorhaben der Parteien hinaus sollen nachfolgend ausgewählte Forderungen aus den Wahlprogrammen vorgestellt werden, die besonders beachtenswert erscheinen:

- Die CDU/CSU will „bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen“ mit dem Ziel, „allen Menschen – vom Schulkind bis zum Rentner – den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten zu erleichtern“.
- Die SPD sympathisiert mit der Idee einer „europäischen Medienplattform, die die Qualitätsinhalte der öffentlich-rechtlichen Medien Europas für alle Bürger*innen grenzüberschreitend zugänglich macht. Diese Plattform soll in der Folge auch für Partnerschaften mit Museen und anderen Kultureinrichtungen zugänglich sein.“

- Die Grünen wollen mit einem „Demokratiefördergesetz“ das zivilgesellschaftliche Engagement „demokratielebender Initiativen und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern“.
- Die FDP möchte die „rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen [schaffen], um Hochschulen zu Bildungseinrichtungen für das ganze Leben weiterzuentwickeln“. „Zudem soll die Vielzahl von Bildungsangeboten für das lebenslange Lernen von öffentlichen wie privaten Anbieterinnen und Anbietern transparent und strukturiert auf einer zentralen digitalen Plattform einsehbar sein.“ („Bildungsarena“)
- Die Linke fordert für den ÖPNV „kostenlose Tickets für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Menschen in Weiterbildung“.
- Die AfD will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk um 90% zu einem „Grundfunk“ reduzieren – mit einem „schlanke[n] ‚Heimatkunk‘ als Schaufenster der Regionen.“ Zudem will sie die „deutsche Kultur und Sprache im Ausland in deutlich stärkerem Maße als bisher fördern. Die deutschen Auslandssender, die Goethe-Institute und verschiedenen Kulturprojekte sollen ein positives Bild Deutschlands in der Welt vermitteln.“

Fazit

Die mit dem Lernen im Erwachsenenalter assoziierten Relevanzzuschreibungen und Vorhaben in den Bundestagswahlprogrammen spiegeln in ihrer Breite vielfältige Lebensbereiche und gesellschaftliche Herausforderungen wider. Konkret werden allerdings insbesondere die arbeitsmarktlich orientierten Aussagen, wobei vor allem die Bedeutung der Weiterbildung für die individuelle Erwerbsbiografie und für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung zum Tragen kommt. Wie bereits in den Programmen zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 überwiegt erneut ein funktionales Bildungsverständnis unter Akzentuierung eines qualifikatorischen Imperativs. Obschon auch die Dimension der Persönlichkeitsentfaltung, etwa durch kulturelle und politische Bildung, oder die Gesundheits- und Umweltbildung in variierender Ausprägung in den Wahlprogrammen auftauchen, erfährt die allgemeine Erwachsenenbildung weniger Aufmerksamkeit als der der erwachsenen Bevölkerung zugeschriebene berufliche Bildungsbedarf. Einen auffallend prominenten Platz in beinahe jedem Wahlprogramm – wohl auch be-



dingt durch die Corona-Pandemie – nimmt die Digitalisierung ein: Sie wird unter anderem als Anlass beruflicher Weiterbildung, als Faktor für gesellschaftliche Teilhabe, als Gegenstand des Verbraucherschutzes und selbst als Chance für das Lernen an sich referenziert. Entsprechend hervorgehoben ist die Notwendigkeit, die digitalen Kompetenzen in der Bevölkerung zu entwickeln.

Die oben dargestellten Akzentsetzungen und Vorhaben in den Wahlprogrammen verweisen auf programmatische Schwerpunkte und Unterschiede der Parteien, illustrieren aber auch wechselnde themenspezifische Gemeinsamkeiten oder zumindest ähnliche, in Nuancen differierende Forderungen. Frappierend ist in diesem Kontext, dass sich die AfD mit ihren Forderungen sowohl quantitativ als auch inhaltlich vom etablierten Parteienspektrum deutlich abhebt und in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2021 keine substantiellen Aussagen explizit zum Lernen im Erwachsenenalter tätigt, nicht einmal zur beruflichen Weiterbildung.

Es kann bedauert werden, dass wie bei früheren Bundestagswahlen die Parteipositionen mit erwachsenenpädagogischer Implikation vage bleiben. Dies dürfte aber auch in der Spezifik des Dokumententyps Wahlprogramm begründet liegen, worin diverse Politik- und Lebensbereiche in lesbarer Form und zumutbarer Länge abzudecken sind. Doch diese Vagheit lädt dazu ein, genauer zu verfolgen, welche der hier genannten Vorhaben nach der Bundestagswahl von den Parteien mit Regierungsverantwortung sowie aus der Opposition heraus weiterverfolgt werden.